

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 08.07.2010 um 17.30 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy  
Stadtrat Günther  
Stadtrat Lorenz  
Stadtrat May (ohne Ziffer 2 c)  
Stadtrat E. Müller  
Stadtrat M. Müller  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt\_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser  
Stadtrat Rank (bis 18.00 Uhr, Ziffer 2)  
Stadträtin Schwab  
Stadtrat Stiller  
Stadträtin Stocker  
Stadtrat Weiglein\_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Stadtrat Heisel  
Stadträtin Glos  
Stadträtin Kahnt  
Stadträtin Mahlmeister

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag  
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof  
Stadtrat Steinruck  
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn  
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sickershausen)  
Herr Pfrezinger (Hoheim)

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger

Bauamtsleiter Janner  
Frau Noormann  
Stadtplaner Neumann

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Bürgermeisterin Regan  
Stadträtin Wachter  
Stadtrat Schardt

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

#### 1. Besetzung der Steuerungsgruppe Konversion hier: Antrag der Freien Wähler - FBW Kitzingen

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf den Antrag der FW, wonach neben der jetzigen Besetzung pro Fraktion und Gruppe ein weiteres Mitglied in die Steuerungsgruppe entsandt werden sollte. Die Verwaltung lehne dies aufgrund des Umfangs ab und spricht sich für die Entsendung von Mitgliedern der Fraktionen und Gruppen aus, die bislang noch nicht in der Steuerungsgruppe vertreten sind.

Stadträtin Wallrapp geht auf ihren Antrag ein und verweist auf die überproportionale Besetzung beispielsweise der BIMA bzw. des Landratsamtes, weshalb sie für ihren Antrag plädiert. Sollte dieser keine Mehrheit finden, könne sie sich dem Verwaltungsvorschlag anschließen.

Im Rahmen der Diskussion wird deutlich, dass aufgrund der Beschlusslage alle Stadtratsmitglieder als Gäste in den Steuergruppen ohne Stimm- und Rederecht teilnehmen können, worauf Stadträtin Wallrapp ihren Antrag zurückzieht und Oberbürgermeister Müller bittet, über den Verwaltungsvorschlag abzustimmen.

#### B. **Mit 22 : 6 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, künftig je Fraktion/Gruppierung ein Mitglied in die Steuerungsgruppe Konversion zu entsenden und eine/n Vertreter/in zu benennen.

Fraktionen/Gruppen, die bereits in der Steuerungsgruppe vertreten sind, dürfen kein weiteres Mitglied benennen, lediglich die Vertretung.

C. Im Folgenden werden folgenden Vertreter benannt:

<b>Fraktion/Gruppe:</b>	<b>ordentliches Mitglied</b>	<b>1. Vertreter</b>
UsW-Stadtratsfraktion:	Stadtrat Schmidt	Stadtrat Lorenz
CSU-Stadtratsfraktion:	Stadtrat Rank	Stadtrat Moser
SPD-Stadtratsfraktion:	Stadträtin Dr. Endres-Paul	Stadträtin Glos
FW-Stadtratsfraktion:	Bürgermeisterin Regan	Stadträtin Wallrapp
KIK-Stadtratsfraktion:	2. Bürgermeister Christof	Stadtrat Steinruck
ödp-Stadtratsgruppe:	Stadträtin Schmidt	Stadtrat Pauluhn
ProKT-Stadtratsgruppe:	Stadtrat Schardt	Stadtrat Böhm

2. Bauleitplanung - Bebauungsplan Nr. 53 "Marktbreiter Straße":  
hier: Verlängerung der Veränderungssperre

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf die Beschlussfassung im Finanzausschuss, in der die Verlängerung der Veränderungssperre abgelehnt wurde. Hinsichtlich der zeitlichen Schiene stellt er dar, dass bis zum Jahresende die Fortschreibung des Zentrenkonzeptes abgeschlossen sein könnte, wonach die Ergebnisse im Bebauungsplan einfließen könnten und dieser ab Januar 2011 geändert werden könnte. Er stellt dar, dass die Veränderungssperre nochmals um ein Jahr verlängert werden sollte. Diese Entscheidung sollte auch mit Blick auf die innenstädtische Entwicklung getroffen werden. Stadtrat Schmidt als Wirtschaftsreferent ist der Auffassung, dass die Veränderungssperre lediglich um ein halbes Jahr verlängert werden sollte, damit die Verwaltung die Änderungen des Zentrenkonzeptes im Bebauungsplan einfließen lassen kann und gleichzeitig die Verwaltung eine entsprechende zeitliche Vorgaben an die Hand zu geben.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Veränderungssperre nicht um ein halbes Jahr sondern nur um ein Jahr verlängert werden könnte. Man könne lediglich nach einem halben Jahr die Angelegenheit vorlegen und die Veränderungssperre wieder aufheben.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die Veränderungssperre und dem weiteren Vorgehen, wobei jeder Redner das Für bzw. Wider jeweils darstellt, worauf Stadträtin Richter den Antrag auf Schluss der Debatte stellt. Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung mit der Ergänzung unter drittens, dass die Verwaltung im Januar die Angelegenheit nochmals vorlegen werde.

**B. Mit 22 : 5 Stimmen**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadträtin Richter wird stattgegeben.

**C. Mit 10 : 16 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 53 "Marktbreiter Straße" gemäß § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB um ein Jahr.
3. Die Verwaltung wird im Januar 2011 nach Vorliegen und Abstimmung des Zentrenkonzeptes das weitere Vorgehen im Stadtrat zur Abstimmung bringen.

D. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde.

3. Konversion - Rahmenplanung Harvey Barracks II und III,  
hier: Abwägungs- und Planbeschluss

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf den Sachvortrag sowie die Vorstellung im Finanzausschuss und erkundigt sich nach Fragen.

Bürgermeister Christof gibt zu Bedenken, weshalb mögliche Lärmschutzmaßnahmen, die aufgrund einer Umnutzung der Bahnstrecke entstehen könnten, auf die Stadt und nicht auf die Bahn als Verursacher zurückfallen. Seiner Auffassung nach sollte man diese Abwägung insofern nicht vornehmen.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass diese Abwägung keinerlei rechtliche Bindung habe, sondern sich eine spätere Lärmschutzmaßnahme nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz in Verbindung mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch richte.

## B. Mit 24 : 3 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat der Stadt Kitzingen beschließt, der im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Anregung des Marktes Großlangheim nicht zu folgen und an der grundsätzlichen Trassenfreihaltung für eine Schienenverbindung durch die Harvey Barracks mit Einbindung in die vorhandene Trasse im Bereich der St 2272 festzuhalten.
3. Der Stadtrat beschließt die Abwägungsvorlage in der Fassung vom 08. Juni 2010.
4. Der Stadtrat beschließt die Rahmenplanung Harvey Barracks II und III als planerische Grundlage für die weitere Planung im Bereich der Harvey Barracks.

C. Stadträtin Richter gibt zu Protokoll, dass die UsW zugestimmt habe, obwohl die UsW-Fraktion sonst gegen die Durchführung der Rahmenplanung war. Da die bisherigen Entscheidungen auf demokratischer Ebene fielen könne die UsW gleichwohl nun zustimmen.

### 4. Konversion: Beauftragung einer Rechtsanwaltskanzlei zur Beratung / Begleitung im Zusammenhang mit städtebaulichen Verträgen

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Entscheidung hinsichtlich der „Beauftragung einer Rechtsanwaltskanzlei zur Beratung/Begleitung im Zusammenhang mit städtebaulichen Verträgen in der Stadtratssitzung am 22.07.2010 getroffen werde.

### 5. Information von Bauamtsleiter Janner Sachstand zu Hoch- und Tiefbaumaßnahmen

Bauamtsleiter Janner geht im Folgenden ausführlich auf den aktuellen Sach- bzw. Kostenstand der Hoch- und Tiefbaumaßnahmen ein. Diese Übersicht liegt der Niederschrift als wesentliche Anlage bei.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

### 6. Anfrage von Stadtrat Pauluhn Mobilfunkanlage in der Innenstadt

Stadtrat Pauluhn weist darauf hin, dass in der Innenstadt ein neuer Mobilfunkstandort gesucht werde und aufgrund dessen der Arbeitskreis Mobilfunk eingeladen werden müsse. Bauamtsleiter Janner gibt Recht, dass die Mobilfunkbetreiber nach neuen Standorten suchen, der Verwaltung jedoch keine konkrete Nachfrage vorliegt, weshalb gegenwärtig keine Sitzung des Arbeitskreises einberufen werden müsse.

Auf weitere Nachfrage von Stadtrat Pauluhn, dass schon bei einer Erweiterung des Suchkreises eine Sitzung einzuberufen sei, sagt Stadtplaner Neumann eine Prüfung zu. Dies wird zur Kenntnis genommen.

7. Anfrage von Stadträtin Richter  
Mehrkosten DPE-Schule durch Samstagsarbeit

Stadträtin Richter fragt nach den Mehrkosten, die aufgrund Samstagsarbeiten der beteiligten Firmen im Rahmen der Generalsanierung der DPE-Schule entstehen könnten, worauf Bauamtsleiter Janner feststellt, dass hierdurch keine Mehrkosten entstehen werden, da die Firmen jeweils eine Leistung zu erbringen haben.

8. Anfrage von Stadtrat Schmidt  
Generalsanierung D. Paul-Eber-Schule

Stadtrat Schmidt hat verschiedene Fragen zum Bauzeitenplan und hat hinsichtlich der Arbeiten und der Umsetzung weiterhin seine Bedenken, was er exemplarisch an verschiedenen Maßnahmen festmacht.

Bauamtsleiter Janner weist darauf hin, dass die Verwaltung die genaue Umsetzung des Zeitplanes überprüfen werde und er weiterhin davon ausgehe, dass die Schule zum Schulbeginn für einen ordnungsgemäßen Schulbetrieb fertig gestellt sei.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

9. Anfrage von Stadtrat May  
Sachstandsinformation Natur in Kitzingen 2011

Stadtrat May fragt nach dem Sachstand zu Natur in Kitzingen vor allem hinsichtlich des Investitions- und des Durchführungshaushaltes.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Geschäftsführung in Kürze wieder einen Bericht vorlegen werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

10. Hinweis von Stadträtin Stocker  
Franken Aktiv – Mannschaft der Stadt Kitzingen

Stadträtin Stocker verweist auf die tollen Ergebnisse der städtischen Mannschaft bei „Franken aktiv“ des Bayerischen Rundfunks und weist darauf hin, dass die Mannschaft ins Finale einziehen konnte, welches am Donnerstag, 15.07.2010 in Nürnberg stattfand.

Dabei verweist sie auch auf die positive Berichterstattung über Kitzingen in Bezug auf die Kleine Gartenschau 2011.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

11. Anfragen von 2. Bürgermeister Christof  
- Pläne Umbau Rosengarten  
- Abriss Güterhalle  
- Baumfällaktion im Bereich des Bahnhofes

2. Bürgermeister Christof fragt nach den Plänen hinsichtlich der Umgestaltung des Rosengartens sowie der dazugehörigen Kostenschätzung, worauf Bauamtsleiter Janner zusagt, diese an die Stadträte zu versenden.

Darüber hinaus fragt 2. Bürgermeister Christof nach den Bauarbeiten im Bereich der Güterhalle und fragt nach, was dort geschehe.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Güterhalle abgerissen werde und dort provisorische Parkplätze (Schotterung) entstehen werden.

2. Bürgermeister Christof äußert sich zudem kritisch hinsichtlich der Fällung eines Baumes in diesem Bereich, da hierbei auch gewissen Ruhezeiten zu beachten wären, in denen ein Baum weder gefällt noch zurückgeschnitten werden dürfe. Er möchte wissen, wer dafür zuständig sei und wer dies letztendlich entscheide.  
Bauamtsleiter Janner sagt zu, dies zu prüfen.

12. Anfrage von Stadtrat Pauluhn  
Einsparungsvorschläge Mainpromenade

Stadtrat Pauluhn fragt nach den Einsparungsvorschlägen seitens der Verwaltung aufgrund der Mehrkosten im Rahmen der Umgestaltung der Mainpromenade.  
Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Verwaltung in der Sitzung des Finanzausschusses am 01.07.2010 verschiedenen geringfügige Einsparungsvorschläge vorstellte, diese jedoch keine Mehrheit im Gremium finden konnten.

13. Hinweis von Stadtrat Haag  
Repperndorfer Weintage

Stadtrat Haag weist darauf hin, dass die Repperndorfer Weintage um eine Woche vorverlegt werden und bereits am 17. und 18. Juli stattfinden.  
Dies wird zur Kenntnis genommen.

14. Informationen von Oberbürgermeister Müller  
Fortschreibung des Regionalplanes  
Entscheidung zur Modellstadt Elektromobilität

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass am 14. Juli eine Sitzung des Regionalen Planungsverbandes stattfindet, in der die Belange der Konversion in Kitzingen in den Regionalplan aufgenommen werden sollen. Nach der Beschlussfassung müsse das Änderungsverfahren durchlaufen werden.  
Die Stadt habe in dieser Sitzung ein Teilnahmerecht jedoch kein Stimmrecht.

Darüber hinaus weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass Bad Neustadt zur ersten Modellstadt für Elektromobilität benannt wurde. Die Bewerbungsunterlagen haben weiterhin Bestand, da weitere Städte in der engeren Wahl stehen. Dies habe man Herrn Ministerpräsident mitgeteilt, auch die Verwunderung über die Bekanntgabe in der Presse.  
Dies wird zur Kenntnis genommen.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 19.10 Uhr.**

Oberbürgermeister

Protokollführer